

# Inhaltsverzeichnis

Seite

## Band 1

### Verzeichnisse

Abkürzungsverzeichnis . . . . .	1
Verzeichnis der Rundschreiben, Runderlasse, Erlasse und Schreiben mit Fundstellenangabe . . . . .	17
Verzeichnis der Gerichtsentscheidungen mit Fundstellenangabe . . . . .	33

### Teil A

#### Texte der Rechts- und Tarifvorschriften

#### I.

#### Reisekostenrecht

1. Bundesreisekostengesetz (BRKG) vom 26. Mai 2005 (BGBl. I S. 1418)	
Gesetzestext . . . . .	1
Änderungshistorie . . . . .	9
2. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundesreisekostengesetz (BRKGVwV) vom 1. Juni 2005 (GMBL. S. 830)	
Text der Verwaltungsvorschrift . . . . .	1
Änderungshistorie . . . . .	22
3. Verordnung über die Reisekostenvergütung bei Auslandsdienstreisen (Auslandsreisekostenverordnung – ARV) vom 21. Mai 1991 (BGBl. I S. 1140)	
Verordnungstext . . . . .	1
Änderungshistorie . . . . .	6

## Inhaltsverzeichnis

---

4.	Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Neufestsetzung der Auslandstage- und Auslandsübernachtungsgelder (ARVVwV) vom 2. Oktober 2020 (GMBL. S. 959)	
	Text der Verwaltungsvorschrift . . . . .	1
	Änderungshistorie . . . . .	13

### II.

#### Trennungsgeldrecht

1.	Verordnung über das Trennungsgeld bei Versetzungen und Abordnungen im Inland (Trennungsgeldverordnung – TGV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juni 1999 (BGBl. I S. 1533)	
	Verordnungstext . . . . .	1
	Änderungshistorie . . . . .	9
2.	Auslandstrennungsgeldverordnung (ATGV) vom 27. Juni 2018 (BGBl. I S. 891)	
	Verordnungstext . . . . .	1
	Änderungshistorie . . . . .	11
3.	Richtlinie über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung an Bundesbeamte in Fällen dienstlich veranlasster doppelter Haushaltsführung bei Versetzungen und Abordnungen vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (AER) vom 15. Dezember 1997 (GMBL. 1998 S. 26) in der Fassung der Änderung vom 29. März 2000 (GMBL. S. 374)	
	Text der Verwaltungsvorschrift . . . . .	1
	Änderungshistorie . . . . .	12

### III.

#### Tarifvorschriften

1.	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) – Allgemeiner Teil – vom 13. September 2005 ( <i>Auszug</i> )	
2.	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) – Besonderer Teil Verwaltung – (BT-V) vom 13. September 2005 ( <i>Auszug</i> )	

## Inhaltsverzeichnis

---

3. Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes (TVAöD) – Allgemeiner Teil – vom 13. September 2005 (*Auszug*)
4. Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes (TVAöD) – Besonderer Teil BBiG – vom 13. September 2005 (*Auszug*)
5. Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes (TVAöD) – Besonderer Teil Pflege – (TVAöD-Pflege) vom 13. September 2005 (*Auszug*)
6. Tarifvertrag für Studierende in ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen im öffentlichen Dienst (TVSöD) vom 29. Januar 2020 (*Auszug*)
7. Tarifvertrag für Praktikantinnen/Praktikanten des öffentlichen Dienstes (TVPöD) vom 27. Oktober 2009 (*Auszug*)
8. Richtlinie des Bundes zur Beschäftigung von Praktikantinnen und Praktikanten (Praktikantenrichtlinie Bund) vom 1. Januar 2015 (*Auszug*)
9. Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen von Beschäftigten des Bundes, die Tätigkeiten in der Waldarbeit ausüben (TV-Wald-Bund) vom 30. August 2008 (*Auszug*)
10. Tarifvertrag für Auszubildende zur Forstwirtin/zum Forstwirt in forstwirtschaftlichen Verwaltungen, Einrichtungen und Betrieben des Bundes (TVA-Wald-Bund) vom 18. März 2010 (*Auszug*)
11. Tarifvertrag für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Bundesagentur für Arbeit (TV-BA) vom 28. März 2006 (*Auszug*)
12. Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Nachwuchskräfte der Bundesagentur für Arbeit (TVN-BA) vom 28. März 2006 (*Auszug*)
13. Tarifvertrag für die Deutsche Rentenversicherung Bund (TV DRV-Bund) vom 23. August 2006 (*Auszug*)
14. Tarifvertrag für Auszubildende der Deutschen Rentenversicherung Bund (TV Ausb-DRV-Bund) vom 23. August 2006 (*Auszug*)

## Inhaltsverzeichnis

---

15. Tarifvertrag für die Beschäftigten des Bundeseisenbahnvermögens (TV BEV) vom 1. April 2019 (*Auszug*)
16. Tarifvertrag für die Angestellten der Deutschen Bundespost (TV Ang) vom 21. März 1961 für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (BAnst PT) (*Auszug*)
17. Tarifvertrag für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Deutschen Bundespost (TV Arb) vom 6. Januar 1955 für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (BAnst PT) (*Auszug*)
18. Tarifvertrag für die Auszubildenden der Deutschen Post AG (TV Azb) vom 12. Januar 1976 (*Auszug*)
19. Tarifvertrag über Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (UmzugsTV) vom 24. Juni 1996 (*Auszug*)
20. Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der bei Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten nicht entsandten Arbeitnehmer – Tarifvertrag Arbeitnehmer Ausland (TV AN Ausland) – vom 30. November 2001
21. Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der bei Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten deutschen nicht entsandten Beschäftigten (TV Beschäftigte Ausland) vom 1. November 2006 (*Auszug*)
22. Tarifvertrag für Arbeitnehmer des Bundes über die Arbeitsbedingungen bei besonderen Verwendungen im Ausland (AuslandsV-TV) vom 9. November 1993

### Teil B

#### Erläuterungen zu den Rechts- und Tarifvorschriften

##### I.

##### Reisekostenrecht

##### Bundesreisekostengesetz (BRKG)

§ 1	Geltungsbereich . . . . .	1
§ 2	Dienstreisen . . . . .	25

## Inhaltsverzeichnis

---

§ 3	Anspruch auf Reisekostenvergütung . . . . .	47
§ 4	Fahrt- und Flugkostenerstattung . . . . .	71
§ 5	Wegstreckenentschädigung . . . . .	111
§ 6	Tagegeld . . . . .	133
§ 7	Übernachtungsgeld . . . . .	135
§ 8	Auslagenerstattung bei längerem Aufenthalt am Geschäfts- ort . . . . .	137
§ 9	Aufwands- und Pauschvergütung . . . . .	139
§ 10	Erstattung sonstiger Kosten . . . . .	151
§ 11	Bemessung der Reisekostenvergütung in besonderen Fällen	179
§ 12	Erkrankung während einer Dienstreise . . . . .	181
§ 13	Verbindung von Dienstreisen mit privaten Reisen . . . . .	183
§ 14	Auslandsdienstreisen . . . . .	185
§ 15	Trennungsgeld . . . . .	187
§ 16	Verwaltungsvorschriften . . . . .	189
<b>Verordnung über die Reisekostenvergütung bei Auslandsdienstreisen (Auslandsreisekostenverordnung – ARV)</b>		
§ 1	Geltung des Bundesreisekostengesetzes, Dienstreiseanord- nung und -genehmigung . . . . .	191
§ 2	Kostenerstattung . . . . .	193
§ 3	Auslandstagegeld, Auslandsübernachtungsgeld . . . . .	194/9
§ 4	Grenzübertritt . . . . .	197
§ 5	Reisekostenvergütung bei längerem Aufenthalt am Ge- schäftsort, Kostenerstattung für das Beschaffen klimagerech- ter Bekleidung . . . . .	199
§ 6	Erkrankung während der Auslandsdienstreise . . . . .	207
§ 7	Übergangsregelung . . . . .	209
§ 8	Inkrafttreten, Außerkrafttreten . . . . .	210/1

## II. Trennungsgeldrecht

### Verordnung über das Trennungsgeld bei Versetzungen und Abordnungen im Inland (Trennungsgeldverordnung – TGV)

§ 1	Anwendungsbereich . . . . .	211
§ 2	Trennungsgeld nach Zusage der Umzugskostenvergütung . . . . .	231
§ 3	Trennungsgeld beim auswärtigen Verbleiben . . . . .	261
§ 4	Sonderbestimmungen beim auswärtigen Verbleiben . . . . .	291
§ 5	Reisebeihilfe für Heimfahrten . . . . .	319
§ 5a	Reisebeihilfe für Heimfahrten bei Einsatz im Rahmen von Unterstützungsmaßnahmen zur Bewältigung der steigenden Zahl von Asylbewerbern . . . . .	324/25
§ 6	Trennungsgeld bei täglicher Rückkehr zum Wohnort . . . . .	325
§ 7	Sonderfälle . . . . .	354/1
§ 8	Ende des Trennungsgeldanspruchs . . . . .	354/9
§ 9	Verfahrensvorschriften . . . . .	354/15
§ 10	Anwendungsvorschrift . . . . .	354/27
§§ 11 bis 14	Änderung anderer Vorschriften . . . . .	354/29
§ 15	Inkrafttreten, Außerkrafttreten . . . . .	354/31

## III. Tarifvorschriften (zurzeit nicht besetzt)

### Vordrucke

Antrag auf Genehmigung einer Dienstreise (Vordruck des BVA) . . . . .	427
Antrag auf Erstattung von Reisekosten – Inland (Vordruck des BVA) . . . . .	431
Antrag auf Erstattung von Reisekosten – Ausland – (Vordruck des BVA) . . . . .	435
Antrag auf Reisekosten-/Umzugskostenerstattung – Ausbildung – (Vor- druck des BVA) . . . . .	441

## Inhaltsverzeichnis

---

Antrag auf Erstattung von Reisekosten wegen Teilnahme an einem BAköV-Seminar (Vordruck des BVA) . . . . .	445
Antrag auf Erstattung von Reisekosten wegen Teilnahme an mehreren BAköV-Seminaren (Vordruck des BVA) . . . . .	448/1
Antrag auf Erstattung von Reisekosten für Teilnehmer der Deutschen Islam Konferenz (Vordruck des BVA) . . . . .	449
Reisekostenantrag für mehrere gleichartige Dienstreisen (Vordruck des BVA) . . . . .	451
Reisekostenerstattungsantrag – Vorstellungsreise – (Vordruck des BVA) .	455
Trennungsgeldantrag §§ 3, 4 – Auswärtiges Verbleiben – (Vordruck des BVA) . . . . .	457
Forderungsnachweis – Auswärtiges Verbleiben – (Vordruck des BVA) . .	461
Trennungsgeldantrag § 6 – Tägliche Rückkehr – (Vordruck des BVA) . .	463
Forderungsnachweis – Tägliche Rückkehr – (Vordruck des BVA) . . . . .	467
Antrag auf Trennungsgeld – Ausbildung – (Vordruck des BVA) . . . . .	469
Umzugswilligkeit (Vordruck des BVA) . . . . .	473
Reisebeihilfe – Familienheimfahrt – (Vordruck des BVA) . . . . .	475
Antrag auf Zahlung von Auslandstrennungsgeld (Vordruck des BVA) . .	477
Antrag auf Erstattung von Mietneben- und Wohnungsbewirtschaftungs- kosten nach Abschnitt VII 2 und VIII 2 der Richtlinie über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung an Bundesbedienstete in Fällen dienstlich veranlasster doppelter Haushaltsführung bei Versetzungen und Abord- nungen vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins In- land (AER) (Vordruck des AA) . . . . .	481
Antrag auf Reisebeihilfe für eine Heimfahrt nach § 13 ATGV (Vordruck des BVA) . . . . .	483
Berechnung des Anspruchszeitraums für Heimfahrten nach § 13 Abs. 4 der Auslandstrennungsgeldverordnung (Vordruck des AA) . . . . .	485
Antrag auf vorherige Genehmigung einer Reisebeihilfe für eine Heim- fahrt nach § 13 ATGV (Vordruck des AA) . . . . .	487
Antrag Betreuungskosten für Kinder oder pflegebedürftige Personen gem. § 10 Abs. 2 Satz 4 Nr. 2 BGLiG . . . . .	489

**Band 2**

**Teil C**  
**Ausführungsbestimmungen**

Vorbemerkungen

Liste aufgehobener oder außer Kraft gesetzter Ausführungsbestimmungen

**I.**  
**Ausführungsbestimmungen**  
**des Auswärtigen Amtes (AA)**

1. Berlin-Umzug; hier: Sonderregelungen für Beschäftigte des Auswärtigen Amtes nach dem Umzugstarifvertrag vom 24. Juni 1996 und dem Dienstrechtlichen Begleitgesetz vom 30. Juli 1996.  
**Runderlass vom 1. Dezember 1997 – 113 – RU – 131.**  
**Berlin – (Auszug)**
2. Anwendung der „Richtlinie über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung bei doppelter Haushaltsführung aus Anlass von Versetzungen und Abordnungen vom Inland in das Ausland, im Ausland und vom Ausland in das Inland“ (AER).  
**Rundschreiben vom 3. April 2000 – 113-01-131.10 – (GMBL. S. 355) (Auszug)**
3. Auslandstrennungsgeldverordnung; hier: Euroumstellung.  
**Rundschreiben vom 6. Dezember 2001 (GMBL. 2002 S. 130)**
4. Anwendung der „Richtlinie über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung an Bundesbeamte in Fällen dienstlich veranlasster doppelter Haushaltsführung aus Anlass von Versetzungen und Abordnungen vom Inland in das Ausland, im Ausland und vom Ausland in das Inland“ (AER) vom 15. Dezember 1997 in der Fassung der Änderung vom 29. März 2000 (GMBL. S. 355); hier: Durchführungshinweis zu Abschnitt VI Abs. 1.  
**Rundschreiben vom 13. Mai 2003 – 113-01-131.10 – (GMBL. S. 522)**

5. Verordnung über den Zusatz- und Heimaturlaub der in das Ausland entsandten Beamtinnen und Beamten des Auswärtigen Dienstes (Heimaturlaubsverordnung – HUrIV) vom 3. Juni 2002 i. d. F. vom 6. September 2005; hier: Fahrkos-  
tenzuschuss für Heimaturlaubsreisen.  
**Runderlass vom 14. Februar 2007 – 113-3-134.50 –**
6. Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Festsetzung der Pauschalen für Nebenkosten bei Heimaturlaubsreisen vom 3. Juli 2009.  
**Rundschreiben vom 3. Juli 2009 – 113-3-134.50 – (GMBL S. 835)**
7. Auslandstrennungsgeld nach der Auslandstrennungsgeld-  
Verordnung (ATGV) und Aufwandsentschädigung nach  
der Aufwandsentschädigungs-Richtlinie (AER); hier: Über-  
gangsregelung.  
**Rundschreiben vom 25. März 2011 – 131-01.131.10.  
(19) – (GMBL S. 242) (Auszug)**
8. Schul- und Kinderreisebeihilfe an Angehörige des Auswärtigen Dienstes (SKRB-VwV) vom 13. Juli 2012; hier: Ände-  
rung der SKRB-VwV.  
**Rundschreiben vom 14. März 2016 – 113-15 – 131.08 –  
(GMBL S. 478)**
9. Auslandszugskostenverordnung (AUV); hier: Aktuelle  
Übersichten der Umzugspauschalen gem. § 18 – 21 AUV.  
**Rundschreiben vom 29. Juli 2016 – 113-4-134.00 –**
10. Bekanntmachung der Begründung der Verordnung zur  
Neuregelung des Auslandstrennungsgeldrechts und zur Än-  
derung der Auslandszugskostenverordnung.  
**Bekanntmachung vom 23. Juli 2018 (BAnz AT 07.08.2018  
B1)**
11. Bekanntmachung eines Auszugs aus der Begründung der  
Verordnung zur Änderung der Auslandstrennungsgeldver-  
ordnung.  
**Bekanntmachung vom 27. November 2019 (BAnz AT  
20.12.2019 B2)**
12. Bekanntmachung der Erläuterungen und Hinweise des Aus-  
wärtigen Amtes zur Durchführung der Auslandstrennungs-  
geldverordnung (Stand: Januar 2020).  
**Bekanntmachung vom 29. Januar 2020 (BAnz AT  
25.02.2020 B1)**

13. Auslandszugangskostenverordnung (AUV); hier: Liste der Dienstorte, an denen eine Pauschale für die Beschaffung klimabedingter Kleidung gem. § 21 AUV gezahlt werden kann.  
**Rundschreiben vom 26. Mai 2020 – 113-4-134.05/4 –**
14. Auslandstrennungsgeld nach der Auslandstrennungsgeldverordnung (ATGV a. F.) und Aufwandsentschädigung nach der Aufwandsentschädigungsrichtlinie (AER); hier: Übersicht der Prozentsätze der immateriellen Anteile im Auslandszuschlag ab 1. Juli 2021 bzw. 1. Februar 2022.  
**Rundschreiben vom 4. März 2022 – 113-131.10 (11) – (GMBL. S. 399)**
15. Auslandsbesoldung; hier Kaufkraftausgleich.  
**Rundschreiben vom 1. Mai 2022 – 113-81-131.01 –**

### II.

#### Ausführungsbestimmungen des Bundesministeriums der Finanzen (BMF)

1. Buchung von Reisekosten.  
**Rundschreiben vom 2. September 1965 (MinBIFin. S. 452)**
2. Reisekostenerstattung bei Vorstellungreisen; hier: Reisen von Ortskräften, die bei Auslandsvertretungen eingestellt werden sollen.  
**Schreiben an das AA vom 31. Mai 1966 – I B/6 – P 1700 – 89/66 –**
3. Gästezimmer in bundeseigenen und angemieteten Gebäuden; hier: Festsetzung eines angemessenen Entgelts gemäß § 52 BHO.  
**Rundschreiben vom 27. Januar 1975 (MinBIFin. S. 34)**
4. Reisekostenvergütung für Vorstellungreisen; hier: Einstellungsgespräche bei den Vereinten Nationen.  
**Schreiben vom 23. April 1979 – Z B 7 – P 1700 – 20/79 –**
5. Rahmenabkommen über eine Dienstreise-Fahrzeugversicherung.  
**Rundschreiben vom 13. August 1984 – III A 8 – H 4223 – 26/84 –**

## Inhaltsverzeichnis

---

6. Dienstrechtliches Begleitgesetz; hier: Erstattbarkeit der Kosten für nicht regelmäßig verkehrende Beförderungsmittel im Rahmen der Reisebeihilfe.  
**Rundschreiben vom 20. August 1999 – Z B 1 – P 1750 – 33/99 –**
7. Bestimmungen über Amtswohnungen, Umzugskostenentschädigung, Tagegelder und Entschädigung für Reisekosten der Mitglieder der Bundesregierung vom 10. November 1953 (BGBl. I S. 1545), in der im BGBl. III, Gliederungsnummer 1103-1-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Art. 8 Abs. 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1149, 1174)
8. Lohnsteuerliche Fragen bei der Rückzahlung von Arbeitslohn.  
**Rundschreiben vom 10. September 2001 – Z C 3 – O 1959 – 50/01 –**
9. Richtlinien für die Abfindung der Mitglieder von Beiräten, Ausschüssen, Kommissionen und ähnlichen Einrichtungen im Bereich des Bundes.  
**Bekanntmachung vom 31. Oktober 2001 – II A 4 – BA 3401 – 5/01 –, – Z B 1 – P 1724 – 1/01 – (GMBI. 2002 S. 92)**
10. Lohnsteuerliche Behandlung von Leistungen des Arbeitgebers für Fahrten des Arbeitnehmers zwischen Wohnung und Arbeitsstätte; hier: Änderungen ab 1. Januar 2004.  
**Rundschreiben vom 16. Februar 2004 – Z C 3 – O 1959 – 10/04 –**
11. Reisekostenerstattung für Vorstellungsreisen.  
**Rundschreiben vom 8. Juni 2005 – Z B 1 – P 1700 – 2/05 –**
12. Gesetz zur Reform des Reisekostenrechts; hier: Anerkennung des erheblichen dienstlichen Interesses an der Benutzung eines privaten Kraftwagens (§ 5 Abs. 2 BRKG).  
**Runderlass vom 17. August 2005 – III A 5 – H 4223 – 2/05 –**
13. Richtlinien für die Abfindung der Mitglieder von Beiräten, Ausschüssen, Kommissionen und ähnlichen Einrichtungen im Bereich des Bundes (Beiräterichtlinien); hier: Art. 1 des Gesetzes zur Reform des Reisekostenrechts vom 26. Mai 2005 (BGBl. I S. 1418).  
**Rundschreiben vom 28. September 2005 – II A 4 – BA 3401 – 10/05 – (E-VSF: H 07 16–3)**

14. Steuerliche Behandlung des von Organen der EU gezahlten Tagegeldes für in ihrem Bereich verwendete Beamtinnen und Beamte.  
**Rundschreiben vom 12. April 2006 – IV B 3 – S 1311 – 75/06 – (BStBl. I S. 340)**
15. Steuerliche Behandlung des von Organen der EU gezahlten Tagegeldes für in ihrem Bereich verwendete Beamtinnen und Beamte.  
**Rundschreiben vom 23. Juni 2006 – Z C 3 – O 1959 21/02 –**
16. Bezügezahlungen durch das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen – Dienstleistungszentrum – (BADV); hier: Neufassung der Dienstanweisung „Rückzahlung überzahlter Bezüge“.  
**Schreiben vom 10. Mai 2007 – Z C 3 – O 1969/06/0026 –**
17. Richtlinie für die Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen in der Bundesverwaltung (DKfzR); hier: Festsetzung der Entgelte für die Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen außerhalb der dienstlichen Verwendung.  
**Rundschreiben vom 6. März 2009 – III A 5 – H 1261/09/10001 – 2009/0093578 – (GMBL. S. 339)**
18. Umsatzsteuer/Lohnsteuer; Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Beherbergungsleistungen (§ 12 Abs. 2 Nr. 11 UStG) ab dem 1. Januar 2010; hier: Folgen für die Umsatz- und Lohnbesteuerung.  
**Rundschreiben vom 5. März 2010 – IV D 2 – S 7210/07/10003, IV C 5 – S 2353/09/10008 –**
19. Rückforderung von Bezügen; hier: Billigkeitsentscheidung gemäß § 12 Abs. 2 Satz 3 BBesG (Absehen von der Rückforderung überzahlter Bezüge); Erhebung von Prozesszinsen.  
**Schreiben vom 20. Februar 2013 – Z B 2 – P 1522/0 :001 –**
20. Ertragsteuerliche Beurteilung von Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Betriebsstätte und von Reisekosten unter Berücksichtigung der Reform des steuerlichen Reisekostenrechts zum 1. Januar 2014; hier: Anwendung bei der Gewinnermittlung.  
**Schreiben vom 23. Dezember 2014 – IV C 6 – S 2145/10/10005 :001 – (BStBl. I 2015 S. 26)**

## Inhaltsverzeichnis

---

21. Dienstwohnungsvorschriften Ausland – DWVA; hier: Neufassung vom 13. April 2015 (GMBL. S. 462) in der Fassung der Änderungsvorschrift vom 29. April 2021 (GMBL. S. 646).  
**Rundschreiben vom 24. April 2015 – Z B 1 – P 1532/07/0002 – 2015/0204681 –**
22. Bestätigung von Rechtsansichten betreffend das Reisekostenrecht.  
**Schreiben vom 19. Mai 2015 – IV C 5 – S 2353/15/10002 –**
23. Dienstreise-Kaskoversicherung des Arbeitgebers für Kraftfahrzeuge des Arbeitnehmers und steuerfreier Fahrtkostenersatz; hier: BFH-Urteil vom 27. Juni 1991 – VI R 3/87 –.  
**Schreiben vom 9. September 2015 – IV C 5 – S 2353/11/10003 –**
24. Schadenshaftung der bei den Bundesbehörden beschäftigten Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer im Beamtenverhältnis sowie der Beamtinnen und Beamten, die zumindest zeitweilig mit der Führung eines Kraftwagens beauftragt sind, im Verhältnis zu ihrem Dienstherrn.  
**Gemeinsames Rundschreiben des BMF und BMI vom 19. Dezember 2017 – BMI – D 2 – 30101/1#13, – BMF – Z B 1 – P 1070/17/10002 :001 – (GMBL. 2018 S. 26)**
25. Steuergeheimnis; hier: Mitteilungen der Finanzbehörden zur Durchführung dienstrechtlicher Maßnahmen bei Beamten und Richtern.  
**Schreiben vom 12. Januar 2018 – IV A 3 – S 0130/08/10006 – (BStBl. I S. 201)**
26. Zehnte Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 6. November 2018 (BGBl. I Seite 1842); hier: Lohnsteuerliche Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten der Arbeitnehmer ab Kalenderjahr 2019.  
**Schreiben vom 16. November 2018 – IV C 5 – S 2334/08/10005-11 –**
27. Sachbezugswert für arbeitstägliche Zuschüsse zu Mahlzeiten.  
**Schreiben vom 18. Januar 2019 – IV C 5 – S 2334/08/10006-01 –**

28. Steuerbefreiung nach § 3 Nummer 15 EStG in der Fassung des Gesetzes zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (UStAVerM).  
**Schreiben vom 18. August 2019 – IV C 5 – S 2342/19/10007 :001 –**
29. Elfte Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 29. November 2019 (BGBl. I Seite 1997); hier: Lohnsteuerliche Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten der Arbeitnehmer ab Kalenderjahr 2020.  
**Schreiben vom 17. Dezember 2019 – IV C 5 – S 2334/19/10010 :001 –**
30. Steuerliche Behandlung der Reisekosten von Arbeitnehmern (ersetzt das Schreiben vom 24. Oktober 2014 BStBl. I S. 1412).  
**Schreiben vom 25. November 2020 – IV C 5 – S 2353/19/10011 :006 – (BStBl. I S. 1228)**
31. Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2021.  
**Schreiben vom 3. Dezember 2020 – IV C 5 – S 2353/19/10010 :002 – (BStBl. I S. 1256)**
32. Dienstwohnungsvorschriften; Entgelt bei Anschluss der Heizung an dienstliche Versorgungsleitungen gem. § 26 Abs. 3 Satz 2 DWV; hier: Festsetzung für den Zeitraum 2019/2020.  
**Rundschreiben vom 16. Dezember 2020 – Z B 1 – P 1532/15/10003 :006 –**
33. Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung und der Unfallversicherungsobergrenzenverordnung vom 15. Dezember 2020 (BGBl. I Seite 2933); hier: Lohnsteuerliche Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten der Arbeitnehmer ab Kalenderjahr 2021.  
**Schreiben vom 28. Dezember 2020 – IV C 5 – S 2334/19/10010 :002 –**
34. Lohnsteuer; hier: Gesamtübersicht über die Kaufkraftzuschläge zum 1. Oktober 2021 (§ 3 Nr. 64 EStG).  
**Schreiben vom 2. Juli 2021 – IV C 5 – S 2341/21/10001 :002 –**

## Inhaltsverzeichnis

---

35. Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2022.  
**Schreiben vom 27. September 2021 – IV C 5 – S 2353/19/10010 :002 –**
36. Dienstwohnungsvorschriften; Entgelt bei Anschluss der Heizung an dienstliche Versorgungsleitungen gem. § 26 Abs. 3 DWV; hier: Festsetzung für den Zeitraum 2020/2021.  
**Rundschreiben vom 9. Dezember 2021 – Z B 1 – P 1532/15/10003 :007 –**
37. 12. Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 6. Dezember 2021 (BGBl. I Seite 5187); Lohnsteuerliche Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten der Arbeitnehmer ab Kalenderjahr 2022.  
**Schreiben vom 20. Dezember 2021 – IV C 5 – S 2334/19/10010 :003 –**
38. Lohnsteuerliche Behandlung der Überlassung eines betrieblichen Kraftfahrzeugs an Arbeitnehmer.  
**Schreiben vom 3. März 2022 – IV C 5 – S 2334/21/10004 :001 –**
39. Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2023.  
**Schreiben vom 23. November 2022 – IV C 5 – S 2353/19/10010 :004 –**
40. 13. Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I Seite 2431); hier: Lohnsteuerliche Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten der Arbeitnehmer ab dem Kalenderjahr 2023.  
**Schreiben vom 23. Dezember 2022 – IV C 5 – S 2334/19/10010 :004 –**

### III. Ausführungsbestimmungen des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI)

1. Fahr- und Aufenthaltskosten der Beschuldigten im Disziplinarverfahren.  
**Rundschreiben vom 31. März 1962 (GMBL. S. 129)**
2. Reisekosten von Mitgliedern der Personalvertretungen.  
**Rundschreiben vom 13. September 1962 (GMBL. S. 392)**
3. Bundesreisekostengesetz vom 20. März 1965 (BGBl. I S. 133).  
**Rundschreiben vom 24. Juni 1965 (GMBL. S. 183)**
4. Reisekosten- und umzugskostenrechtliche Abfindung der in den Bundesdienst abgeordneten Landesbeamten und der in den Landesdienst abgeordneten Bundesbeamten.  
**Rundschreiben vom 10. Oktober 1968 – D II 3 – 222 754/8 – (GMBL. S. 385)**
5. Tagegelder der Mitglieder der Bundesregierung.  
**Rundschreiben vom 25. Juni 1975 – D I 2 – 211 140/26 –**
6. Fahrkostenzuschuß für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte für Bundesbedienstete, die aus dienstlichen Gründen nicht in der Nähe ihrer Dienststätte wohnen können.  
**Rundschreiben vom 18. Februar 1976 (GMBL. S. 119)  
i. d. F. vom 29. November 1989 (GMBL. 1990 S. 3)**
7. Bereitstellung amtlicher unentgeltlicher Unterkunft bei Dienstreisen.  
**Rundschreiben vom 23. August 1976 – II A 2 – H 1200 – 45/76 –**
8. Gewährung von Reisekosten, Umzugskosten und Trennungsgeld an (ehemalige) Soldaten auf Zeit oder ehemalige Berufssoldaten während der Fachausbildung für eine Laufbahn des Bundes.  
**Rundschreiben vom 7. Dezember 1976 (GMBL. 1977 S. 39)**
9. Gewährung von Reisebeihilfen für Familienheimfahrten an noch nicht 18 Jahre alte Bedienstete, die kein Trennungsgeld nach § 4 TGV erhalten.  
**Erllass vom 11. Dezember 1978 – Z I 4 – 002 733/6 –**

10. Rahmenvertrag zugunsten der Fahrer von Dienstkraftfahrzeugen in der Fassung vom November 1965 (GMBL. 1966 S. 47), zuletzt geändert durch Vereinbarung mit Wirkung vom 1. Juli 1982 (GMBL. S. 563, 705); hier: Neuordnung des Rahmenvertrages.  
**Rundschreiben vom 4. Dezember 1975 – O I 1 – 131 591 – 1/1 –, zuletzt geändert durch Nachtrag vom 12. August 1982 (GMBL. S. 563, 705)**
11. Reisebeihilfe für Heimfahrten von minderjährigen Bediensteten, die kein Trennungsgeld nach § 3 TGV erhalten.  
**Rundschreiben vom 23. Juni 1986 – D III 5 – 222 793/1 – (GMBL. S. 379)**
12. Anwendung der Trennungsgeldverordnung vom 20. Mai 1986; hier: Aufhebung einer Abordnung.  
**Schreiben vom 16. Oktober 1986 – D III 5 – 222 707 – 2/1 –**
13. Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Reisebeihilfen an Bundesbedienstete im Ausland aus Anlaß von Reisen in Krankheits- und Todesfällen (Auslandsreisebeihilfen-VwV in Krankheits- und Todesfällen – AuslReiseBhVwV).  
**Bekanntmachung vom 20. September 1989 – D I 5 – 222 200/24 – (GMBL. S. 551)**
14. Erstattung von Sachschäden an dienstlich benutzten privaten Kraftfahrzeugen.  
**Rundschreiben vom 20. Juni 1990 – D III 4 – 223 211/2 –**
15. Änderung und Neufassung der Trennungsgeldverordnung, Änderung der Verordnung zu § 16 Abs. 6 BRKG.  
**Rundschreiben vom 22. März 1991 (GMBL. S. 416)**
16. Fahrkostenzuschuss für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte für Bundesbedienstete, die aus dienstlichen Gründen nicht in der Nähe ihrer Dienststätte wohnen können; hier: Anwendung auf Trennungsgeldempfänger, denen ihres Amtes wegen amtliche unentgeltliche Unterkunft bereitgestellt wird.  
**Rundschreiben vom 9. Januar 1992 – D III 5 – 222 139/1 – (GMBL. S. 140)**
17. Gewährung von Trennungsgeld nach § 2 TGV bei Verwendung im Beitrittsgebiet; hier: Wohnungsmangel.  
**Rundschreiben vom 26. Januar 1993 – D III 5 – 222 702 – 1/14 – (GMBL. S. 152)**

18. Fahrkostenzuschuss für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte für Bundesbedienstete, die aus dienstlichen Gründen nicht in der Nähe ihrer Dienststätte wohnen können; hier: Anwendung auf Trennungsgeldempfänger, denen ihres Amtes wegen amtliche unentgeltliche Unterkunft bereitgestellt wird.  
**Rundschreiben vom 19. März 1993 – D III 5 – 222 139/1 – (GMBL. S. 199)**
19. Richtlinien für die Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen in der Bundesverwaltung (DKfzR).  
**Rundschreiben vom 17. Juni 1993 – O I 2 – 131 253/1 – (GMBL. S. 398)**
20. Kostentragung für die Teilnahme der Schwerbehindertenvertretungen im öffentlichen Dienst des Bundes an Schulungs- und Bildungsmaßnahmen.  
**Rundschreiben vom 19. August 1993, geändert durch Rundschreiben vom 30. Mai 1997 – V b 2 – 58132 – 1 (VMBl. S. 297)**
21. Verordnung zur Änderung der Auslandsreisekostenverordnung (ARV) vom 27. Oktober 1993 (BGBl. I S. 1855).  
**Rundschreiben vom 18. November 1993 – D III 5 – 222 201/1 – (GMBL. S. 873)**
22. Fahrkostenzuschuß für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte für Bundesbedienstete, die aus dienstlichen Gründen nicht in der Nähe ihrer Dienststätte wohnen können; hier: Anwendung auf Trennungsgeldempfänger, denen ihres Amtes wegen amtliche unentgeltliche Unterkunft bereitgestellt wird.  
**Rundschreiben vom 27. Juni 1994 – D III 5 – 222 139/1 – (GMBL. S. 884)**
23. Zweite Verordnung zur Änderung der Auslandsreisekostenverordnung vom 14. März 1997 (BGBl. I S. 468); hier: Anwendungshinweise.  
**Rundschreiben vom 24. März 1997 – D I 5 – 222 201/1 – (GMBL. S. 174)**
24. Bundesreisekostengesetz (BRKG); hier: Änderung durch das Jahressteuergesetz (JStG) 1997 vom 20. Dezember 1996 (BGBl. I S. 2049, 2079).  
**Rundschreiben vom 21. Februar 1997 – D I 5 – M 020 112/56 – (GMBL. S. 139) i. d. F. vom 17. Oktober 1997 (GMBL. S. 736)**

## Inhaltsverzeichnis

---

25. Reisekostenvergütung der Teilnehmer an Schulungs- und Bildungsmaßnahmen nach dem Schwerbehindertengesetz.  
**Rundschreiben vom 11. November 1997 (GMBL. 1998 S. 21)**
26. Trennungsgeld bei Vorwegumzügen nach dem Dienstrechtlichen Begleitgesetz (DBeglG) vom 30. Juli 1996 (BGBl. I S. 1183).  
**Rundschreiben vom 9. September 1998 – D I 5 – 222 704 – 2/1 –**
27. Richtlinien für die Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen in der Bundesverwaltung (DKfzR).  
**Rundschreiben vom 29. Juni 1993 (GMBL. S. 398) i. d. F. der Bekanntmachung vom 30. Oktober 1998 (GMBL. S. 940)**
28. Dienstrechtliches Begleitgesetz; hier: Anwendung des § 2 Abs. 2.  
**Rundschreiben vom 25. Mai 1999 – D I 5 – 222 700/19 –**
29. Merkblatt über Amtswohnungen und Umzugskostenentschädigung an Bundesminister.  
**Rundschreiben vom 17. Juni 1999 – D I 1 – 211 140/28 –**
30. Änderung der Trennungsgeldverordnung (TGV).  
**Rundschreiben vom 29. Juli 1999 – D I 5 – 222 700/22 – (GMBL. S. 524)**
31. Festsetzung einer Aufwandsvergütung nach § 17 BRKG für Polizeivollzugsbeamte und sonstige Bedienstete des Bundesgrenzschutzes mit grenz- und bahnpolizeilichen Aufgaben sowie des Ermittlungs- und Fahndungsdienstes.  
**Erlass vom 26. Oktober 1999 – Z 4a – 002 616/63 –**
32. Dienstrechtliches Begleitgesetz; hier: Anwendung des § 2 Abs. 1 Buchstabe a Nr. 1 und § 2 Abs. 2 Buchstabe b Nr. 5.  
**Rundschreiben vom 6. Dezember 1999 – D I 5 – 222 700/19 –**
33. Dienstrechtliches Begleitgesetz; hier: Reisebeihilfen für Heimfahrten nach Wegfall der Trennungsgeldberechtigung, § 2 Abs. 3.  
**Rundschreiben vom 27. Juni 2001 – D I 5 – 222 700/19 b –**

34. Änderung der Trennungsgeldverordnung (TGV).  
**Rundschreiben vom 1. November 2001 – D I 5 – 222 700/22 – (GMBL. S. 918)**
35. Behandlung von freigestellten Personalratsmitgliedern; hier: Grundsätzliche Hinweise zur Rechtslage bei der Behandlung und Förderung freigestellter Personalratsmitglieder.  
**Rundschreiben vom 12. März 2002 – D I 3 – 212 152/12 –**
36. Verordnung zur Umstellung dienstrechtlicher Vorschriften auf Euro; hier: Reisekostenrechtliche Bestimmungen.  
**Rundschreiben vom 28. August 2002 – D I 5 – 222 100/50 – (GMBL. S. 724)**
37. Auswirkungen des Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes vom 9. November 2001 (BGBl. I S. 3138) auf das Besoldungs- und Versorgungsrecht.  
**Rundschreiben vom 3. September 2002 – D II 1 – 221 030/3 – (GMBL. S. 725)**
38. Schul- und Kinderreisebeihilfen an Bundesbedienstete im Ausland; hier: Allgemeine Verwaltungsvorschrift.  
**Rundschreiben vom 16. Oktober 2002 – D I 5 – 213 362/4 – (GMBL. S. 757)**
39. Auslandstagegeld bei Inanspruchnahme einer Kantine.  
**Rundschreiben vom 14. November 2002 – D I 5 – 222 201/1 – (GMBL. S. 816)**
40. Richtlinie über die Zahlung von Fahrkostenzuschüssen für regelmäßige Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte für Bundesbedienstete, die aus dienstlichen Gründen nicht in der Nähe ihrer Dienststätte wohnen können (Fahrkostenzuschuss-Richtlinie).  
**Rundschreiben vom 23. November 1992 (GMBL. 1993 S. 128) i. d. F. des Rundschreibens vom 24. April 2003 (GMBL. S. 427)**
41. Annahme von Belohnungen und Geschenken durch Bundesbedienstete; hier: Rundschreiben zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken in der Bundesverwaltung.  
**Rundschreiben vom 8. November 2004 – D I 3 – 210 170/1 – (GMBL. S. 1074)**

## Inhaltsverzeichnis

---

42. Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen im Sinne des § 46 Abs. 6 BPersVG; hier: 1. Durchführung von Schulungen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst – TVöD –; 2. Abgrenzung der Schulungs- und Bildungsveranstaltungen von Meinungs- und Erfahrungsaustauschen.  
**Rundschreiben vom 28. Juni 2005 – D I 3 – 212 154 – 1/1 –**
43. Gesetz zur Reform des Reisekostenrechts vom 26. Mai 2005 (BGBl. I S. 1418); hier: Allgemeine Durchführungshinweise.  
**Rundschreiben vom 27. Juli 2005 – D I 5 – 222 101 – 1/16 – (GMBl. S. 934)**
44. Reisekostenrechtliche Behandlung der Rundfunkgebührens-pflicht: Rundfunkgebühr für dienstlich genutzte Privatfahrzeuge nach § 5 Abs. 2 des Rundfunkgebührenstaatsvertrages (RGebStV).  
**Rundschreiben vom 7. Dezember 2005 – D I 5 – 222 114/20 –**
45. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD); hier: Durchführungshinweise zu den Abschnitten I und II sowie IV, V und VI TVöD. ).  
**Rundschreiben vom 22. Dezember 2005 – D II 2 – 220 210-2/0 – (Auszug)**
46. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundesreisekostengesetz (BRKGVwV) vom 1. Juni 2005.  
**Rundschreiben vom 3. Januar 2006 – D I 5 – 222 114/13 –**
47. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 79 BBG – Ausgleich für Zeiten der Inanspruchnahme durch Rufbereitschaft –.  
**Rundschreiben vom 18. April 2006 – D I 3 – 211 321-9/9 – (GMBl. S. 594)**
48. Tarifvertrag über Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (UmzugsTV) vom 24. Juni 1996.  
**Rundschreiben vom 19. Dezember 2006 – D II 2 – 220.000/51 – (GMBl. 2007 S. 72)**

49. Tarifvertrag für Arbeitnehmer des Bundes über die Arbeitsbedingungen bei besonderer Verwendung im Ausland (AuslandsV-TV); hier: Auslandsverwendungszuschlag bei Dienstreisen.  
**Rundschreiben vom 2. April 2009 – D 5 – 220 274/5 –**
50. Beihilfen in Krankheits- und Geburtsfällen für die bei den Auslandsdienststellen des Bundes beschäftigten entsandten Beschäftigten sowie die nicht entsandten Beschäftigten (Ortskräfte).  
**Rundschreiben vom 26. Juni 2009 – D 5 – 220 220-2b/3.7 – (GMBL. S. 762)**
51. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundesreisekostengesetz (BRKGVwV); hier: Besteuerung der Frühstück- und Übernachtungskosten.  
**Rundschreiben vom 12. Januar 2010 – D 6 – 222 114/13**
52. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundesreisekostengesetz (BRKGVwV); hier: Besteuerung der Frühstück- und Übernachtungskosten.  
**Rundschreiben vom 31. März 2010 – D 6 – 222 114/13 –**
53. Bundesreisekostengesetz (BRKG); hier: Reisekostenerstattung bei Einsatz einer privaten BahnCard 100.  
**Rundschreiben vom 13. August 2010 – D 6 – 222 113/15 –**
54. Rahmenvereinbarung zur Integration schwerbehinderter und diesen gleichgestellten behinderten Menschen im Bundesministerium des Innern und in den Behörden seines Geschäftsbereichs (einschl. Bundespolizei) gemäß § 83 Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch (SGB IX).  
**Rahmenintegrationsvereinbarung vom 15. September 2010 (Auszug)**
55. Besoldungs- und Versorgungsleistungen für Beamte, Soldaten und Richter in Lebenspartnerschaften.  
**Rundschreiben vom 17. Dezember 2010 – D 3 – 221 400/45 – (GMBL. 2011 S. 6)**
56. Rundschreiben zur Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte in der Bundesverwaltung.  
**Rundschreiben vom 4. Juli 2011 – D 1 – 210 172/32 – (Auszug)**

## Inhaltsverzeichnis

---

57. Bundesreisekostengesetz (BRKG); hier: Begriff „Verpflegung“ nach § 6 BRKG.  
**Rundschreiben vom 6. Juli 2011 – D 6 – 222 115/9 –**
58. Bundesreisekostengesetz (BRKG); hier: Begriff „Verpflegung“ nach § 6 BRKG.  
**Rundschreiben vom 15. Juli 2011 – D 6 – 222 115/9 –**
59. Abschluss der Redaktionsverhandlungen zur Umsetzung der Tarifeinigung vom 31. März 2012; hier: Bekanntgabe der Änderungstarifverträge und des TV Pauschalzahlung 2012, jeweils vom 31. März 2012, mit Durchführungshinweisen.  
**Rundschreiben vom 3. August 2012 – D 5 – 220 233 – 53/7 –**
60. Neufassung der Regelung über den Reisekostenzuschuss für Vorstellungsreisen für das BMI und den Geschäftsbereich des BMI.  
**Rundschreiben vom 20. Juni 2013 – Z I 1 – 30201/2#1 –**
61. Schul- und Kinderreisebeihilfe an Bundesbedienstete im Ausland.  
**Rundschreiben vom 25. Juli 2013 – D 6 – 30111/37#2 –**
62. Bundesreisekostengesetz (BRKG); hier: Änderung von § 6 Abs. 1 Satz 2 BRKG zum 1. Januar 2014.  
**Rundschreiben vom 14. November 2013 – D 6 – 30201/6 –**
63. Tarifvertrag über Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (UmzugsTV) vom 24. Juni 1996.  
**Rundschreiben vom 4. Dezember 2013 – D5 – 31005/33 #1 –**
64. Bundesreisekostengesetz (BRKG); hier: Anrechenbarkeit von Leistungen im Zusammenhang mit Fahrgast- bzw. Fluggastrechten auf die Reisekostenvergütung.  
**Rundschreiben vom 21. Mai 2014 – D 6 – 30201/8#1 –**
65. Schul- und Kinderreisebeihilfe an Bundesbedienstete im Ausland; hier: Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Schulbeihilfen und Kinderreisebeihilfen für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte im Ausland vom 24. Juli 2013.  
**Rundschreiben vom 26. Juni 2014 – D 5 – 31006/1#4 –**  
*(Auszug)*

66. Richtlinie des Bundes zur Beschäftigung von Praktikantinnen und Praktikanten (Praktikantenrichtlinie Bund).  
**Rundschreiben vom 19. Dezember 2014 – D 5 – 31005/8 #1 –**
67. Einrichtung von Entscheidungszentren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF); hier: Zahlung einer Aufwandsentschädigung bei einer kurzfristigen Abordnung.  
**Rundschreiben vom 23. September 2015 – D 3 – 30200/165#3 –**
68. Abordnungen im Rahmen von vorübergehenden personellen Unterstützungsmaßnahmen zur Bewältigung des Anstiegs von Asylbewerberzahlen; hier: Zahlung einer Aufwandsentschädigung sowie Stellenzulagen.  
**Rundschreiben vom 10. November 2015 – D3 – 20300/165#3 – (GMBL. S. 1329)**
69. Richtlinie für die Entsendung von Beschäftigten des Bundes zu einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, zur Verwaltung oder zu einer öffentlichen Einrichtung eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder zur Übernahme von Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit (Entsendungsrichtlinie Bund – EntsR).  
**Richtlinie des BMI vom 9. Dezember 2015 – D 1 – 30106/2#4 – (GMBL. 2016 S. 34)**
70. Tarifvertrag über Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (UmzugsTV) vom 24. Juni 1996; hier: Änderungsarbeitsvertrag Nr. 10 vom 26. Februar 2016 zum UmzugsTV.  
**Rundschreiben vom 18. Juli 2016 – D5 – 31005/33#1 –**
71. § 3 Absatz 3 Trennungsgeldverordnung (TGV).  
**Rundschreiben vom 6. Februar 2017 – D 6 – 30202/1#2 –**
72. § 3 Absatz 3 Trennungsgeldverordnung (TGV).  
**Rundschreiben vom 7. Februar 2017 – Z II 4 – 002 730/30 –**
73. Aufgabenübertragung auf das Bundesverwaltungsamt; hier: Übernahme der Dienstleistungsaufgaben des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV).  
**Rundschreiben vom 6. April 2017 – Z I 2 – 12000/1#13 –**

74. Auswirkungen des Mindestlohngesetzes; hier: Neufassung der Hinweise.  
**Rundschreiben vom 31. August 2017 – D 5 – 31000/20 #18 –**
75. Aufhebung von Rundschreiben und Verwaltungsvorschriften im Bereich des Dienstrechts.  
**Rundschreiben vom 30. Oktober 2017 – D1 – 30106/2#4 – (GMBL. S. 929)**
76. Tarifvertrag über Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (UmzugsTV) vom 24. Juni 1996; hier: Änderungstarifvertrag Nr. 11 vom 5. Dezember 2017 zum UmzugsTV.  
**Rundschreiben vom 27. Dezember 2017 – D5 – 31005/33#1 –**
77. Schadenshaftung der bei den Bundesbehörden beschäftigten Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer und der Beschäftigten, die zumindest zeitweilig mit der Führung eines Kraftwagens beauftragt sind, im Verhältnis zu ihrem Arbeitgeber.  
**Rundschreiben vom 31. Januar 2018 – D 5 – 31001/12#9 – (GMBL. S. 53)**
78. Bundesreisekostengesetz; Bezug: Fahrtkostenerstattung bei Einsatz einer privaten BahnCard 100.  
**Rundschreiben vom 19. September 2018 – D6-30201/7#2 –**
79. Richtlinien des Bundes für duale Studiengänge und Masterstudiengänge vom 1. September 2018.  
**Rundschreiben vom 25. September 2018 – D 5 – 31005/38#1 – (GMBL. S. 1102)**
80. Zweite allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesreisekostengesetz (BRKGVwV) vom 1. Februar 2019; hier: Einführungsroundschreiben.  
**Rundschreiben vom 14. Februar 2019 – D 6 – 30201/17#1 – (GMBL. S. 154)**

81. Aktualisierung der Richtlinie für Billigkeitszuwendungen bei Sachschäden, die im Dienst entstanden sind (i. d. F. d. Bek. des BMI vom 15. November 1965 – II A 2 – 211 481/3 –, GMBL. 1965, S. 395) und Integration der zu § 79 BBG in der bis zum 11. Februar 2009 gültigen Fassung gesondert erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften vom 30. Juni 1980 über Ersatzleistungen für Schäden, die Beamte und ihre Familienangehörigen bei dienstlichem Aufenthalt im Ausland erleiden (GMBL. 1980, S. 406) sowie vom 28. November 1986 über die Ersatzleistung für Sachschäden, die Beamte oder ihre Familienangehörigen durch Gewaltaktionen erleiden (GMBL. 1986, S. 632); hier: Sachschadenserstattungsrichtlinie – SachsCHERL.  
**Rundschreiben vom 28. März 2019 – D4 – 30302/31#3 (GMBL. S. 315)**
82. Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union; hier: Erweiterung des Anwendungsgebietes des § 45 (Bund) TVöD – BT-V.  
**Rundschreiben vom 3. April 2019 – D5-31006/1#2 –**
83. Anwendbarkeit der Richtlinie für die Erstattung von Sachschäden, die im Dienst entstanden sind, auf die Tarifbeschäftigten des Bundes.  
**Rundschreiben vom 11. Juli 2019 – D5-30112/1#2 –**
84. Bundesreisekostengesetz (BRKG); hier: Erhöhung der Tagegelder nach § 6 BRKG zum 1. Januar 2020.  
**Rundschreiben vom 18. Dezember 2019 – D6-30201/14 #1 –**
85. Umsetzung des „Klimaschutzprogramms 2030“ im Bundesreisekostengesetz; hier: Berücksichtigung von umweltbezogenen Aspekten bei Wahl des Reisemittels.  
**Rundschreiben vom 21. Januar 2020 – D6 – 30201/6#6 –**
86. Änderung des Bundesumzugskostengesetzes (BUKG) und der Trennungsgeldverordnung (TGV); hier: Hinweise zum umzugskosten- und trennungsgeldrechtlichen Teil des Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetzes (BesStMG) und der Verordnung zur Änderung dienstrechtlicher Verordnungen aus Anlass des Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetzes (VO zum BesStMG).  
**Rundschreiben vom 27. Januar 2020 – D6-30203/3#3 –**

87. Evaluierung der Praktikantenrichtlinie; hier: Evaluierungsbericht vom 7. Oktober 2019.  
**Rundschreiben vom 4. Mai 2020 – D5 – 31005/1#13 –**
88. Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Neufestsetzung der Auslandstage- und Auslandsübernachtungsgelder vom 02. 10. 2020 (ARVVwV).  
**Rundschreiben vom 7. Oktober 2020 – DG-30201/10#3 –**
89. Zwingend erforderliche Dienstreisen während der SARS-CoV-2-Pandemie.  
**Rundschreiben vom 12. November 2020 – D6-30201/17#2**
90. Zwingend erforderliche Dienstreisen während der SARS-CoV-2-Pandemie.  
**Rundschreiben vom 20. November 2020 – D6–30201/17 #2 –**
91. § 3 Absatz 3 Trennungsgeldverordnung; hier: Sachbezugswerte für das Kalenderjahr 2021.  
**Rundschreiben vom 15. Januar 2021 – D 6 – 30202/1#2 –**
92. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 16 Absatz 1 Satz 2 der Erholungsurlaubsverordnung – Zusatzurlaub für die von der Heimaturlaubsverordnung nicht erfassten Einsatzgebiete –.  
**Allgemeine Verwaltungsvorschrift vom 12. Februar 2021 – D2 – 30106/11#1 – (GMBL. S. 41)**
93. Anrechnung von Reisezeiten bei Dienstreisen; hier: Entsprechende Anwendung der beamtenrechtlichen Regelung in § 11 Abs. 3 AZV.  
**Rundschreiben vom 19. Februar 2021 – D5-31006/8#1 –**
94. Rückforderung des zu viel gezahlten Entgelts bei Tarifbeschäftigten; hier: Wegfall der Bereicherung.  
**Rundschreiben vom 4. August 2021 – D5-31002/28#10 –**
95. Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte in der Bundesverwaltung nach § 93 Bundesbeamtengesetz (BBG) i. V. m. der Verordnung über die Altersteilzeit von Beamtinnen und Beamten des Bundes (Beamtenaltersteilzeitverordnung – BATZV).  
**Rundschreiben vom 30. August 2021 – D1–30101/12#4 – (Auszug)**

96. Abschluss der Tarifverhandlungen zu einem Digitalisierungstarifvertrag; hier: Hinweise zur Anwendung und Durchführung.  
**Rundschreiben vom 31. August 2021 – D5 – 31000/19#7 – (Auszug)**
97. Dritte allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesreisekostengesetz (BRKGVwV).  
**Rundschreiben vom 21. September 2021 – D6 – 30201/17#4 –**
98. Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Neufestsetzung der Auslandstage- und Auslandsübernachtungsgelder (ARVVwV); hier: Fortgeltung der Festsetzung für das Kalenderjahr 2022.  
**Rundschreiben vom 20. Oktober 2021 – DG-30201/10#3 – (GMBL. S. 1330)**
99. Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte in der Bundesverwaltung nach § 93 Bundesbeamtengesetz (BBG) i. V. m. der Verordnung über die Altersteilzeit von Beamtinnen und Beamten des Bundes (Beamtenaltersteilzeitverordnung – BATZV).  
**Rundschreiben vom 11. November 2021 – D1–30101/12#4 – (Auszug)**
100. Vierte allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesreisekostengesetz (BRKGVwV).  
**Rundschreiben vom 16. November 2021 – D6 – 30201/17#4 –**
101. Travel Management des Bundes – BahnCard 100.  
**Rundschreiben vom 8. Dezember 2021 – ZI8-13008/5#2 –**
102. 12. Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 6. Dezember 2021 (BGBl. I Seite 5187); hier: Lohnsteuerliche Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten der Arbeitnehmer ab dem Kalenderjahr 2022.  
**Schreiben vom 20. Dezember 2021 – D5 – 31005/33#1 –**

103. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 79 BBG a. F. (jetzt § 78) zur Gewährung von Mietzuschuss und Überbrückungshilfe im Zusammenhang mit im Ausland gewährtem Erziehungsurlaub für Beamte und Richter im Bundesdienst vom 21. Mai 1986; hier: Übertarifliche Anwendung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift auf Tarifbeschäftigte, die zu Auslandsdienststellen des Bundes entsandt sind.  
**Rundschreiben vom 9. Februar 2022 – D5-31006/1#10 – (GMBL. S. 153)**
104. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bundesbeihilfeverordnung (BBhVVwV); hier: Vorschriften über Beförderungskosten, Unterkunftskosten und Verpflegungskosten.  
**Allgemeine Verwaltungsvorschrift vom 26. Juni 2017 (GMBL. S. 530), zuletzt geändert durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Bundesbeihilfeverordnung vom 28. Februar 2022 (GMBL. S. 286) (Auszug)**
105. Kostenerstattung für die Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen sowie die hierfür notwendigen Freistellungen nach § 54 Abs. 1 Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG).  
**Rundschreiben vom 6. Mai 2022 – D2 30001/13#4 –**

### IV.

#### Ausführungsbestimmungen des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg)

1. Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Reisebeihilfen an Soldaten im Ausland aus Anlaß von Reisen in Krankheits- und Todesfällen (AuslReiseBhVwVS).  
**Bekanntmachung vom 29. September 1989 (VMBl. S. 329)**
2. Durchführungsbestimmungen für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung zu den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften über Reisebeihilfen an Bundesbedienstete und Soldaten im Ausland aus Anlaß von Reisen in Krankheits- und Todesfällen – Neufassung –.  
**Erlass vom 29. September 1989 – S II 4 – Az 21-40-00 – (VMBl. S. 330)**
3. Kosten der Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen im Sinne des § 46 Abs. 6 BPersVG.  
**Erlass vom 14. Mai 1997 – S II 2 – Az 15-01-01/2 –**

## Inhaltsverzeichnis

---

4. Erstattung von Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten nach § 44 Abs. 1 Satz 2 BPersVG; hier: Teilnahme eines beauftragten Mitgliedes der Stufenvertretung oder des Gesamtpersonalrates an der Personalversammlung nach § 52 Abs. 1 Satz 3 BPersVG.  
**Schreiben vom 29. Oktober 1998 – PSZ V 4 – Az.: 15-01-01/2 –**
5. Umzugskosten- und trennungsgeldrechtliche Regelungen bei strukturbedingten Mehrfachversetzungen; hier: Vorgezogener Umzug an den endgültigen Dienstort.  
**Erlass vom 21. Juni 2001 – PSZ V 7 (2) – Az.: 21-10-02 –**
6. Bundesumzugskostengesetz/Trennungsgeldverordnung; hier: Angemessenheit einer Wohnung.  
**Runderlass vom 22. Juni 2001 – PSZ V 7 (2) – Az.: 21-10-12/21-05-00 – i. d. F. des Erlasses vom 29. Dezember 2004 – PSZ III 7 (2) – Az.: 21-01-00 – (Auszug)**
7. § 14 Bundesreisekostengesetz (BRKG), §§ 4 und 17 Auslandsumzugskostenverordnung (AUV); hier: Gewichtsbeschränkung des Reisegepäcks oder des Umzugsgutes – tatsächliches und frachtpflichtiges Gewicht.  
**Schreiben vom 9. Juni 2005 – PSZ III 7 – Az.: 21-03-10/21-12-04 –**
8. Erstattung von Reisekosten im Falle von Evakuierungsmaßnahmen bei Hurrikans, etc.; hier: § 12 Abs. 8 ATGV.  
**Erlass vom 19. Juli 2005 – PSZ III 7 – 21-06-00 –**
9. Reisekostenrechtliche Abfindung bei der Bereitstellung von Gemeinschaftsverpflegung.  
**Erlass vom 22. Dezember 2005 – PSZ III 7 – Az.: 21-01-11/21-03-11 –**
10. Bundesreisekostengesetz (BRKG); hier: Teilnahme an Rüstzeiten, Exerzitien, Werkwochen und dergleichen der Militärseelsorge.  
**Erlass vom 13. April 2006 – PSZ III 7 (1) – Az.: 21-01-01 –**
11. Reisekostenrechtliche Abfindung bei der Bereitstellung von Gemeinschaftsverpflegung; hier: Anwendungshinweise.  
**Erlass vom 22. Januar 2007 – PSZ III 7 – Az.: 21-01-11/21-03-111 –**

12. Reisen von Mitgliedern der Personalvertretungen, Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen und Vertrauenspersonen nach dem Soldatenbeteiligungsgesetz (SBG); hier: Gewährung von Wegstreckenentschädigung nach § 5 Bundesreisekostengesetz (BRKG).  
**Erlass vom 23. März 2007 – PSZ III 7 – Az.: 21-01-06 –**
13. § 2 Abs. 2 Bundesreisekostengesetz (BRKG); hier: Dienstreisen, die mit einem privaten Aufenthalt am Familienwohrt verbunden werden.  
**Schreiben vom 9. Mai 2007 – PSZ III 7 – Az. 21-01-00 –**
14. Wegstreckenentschädigung nach § 5 BRKG für Reisen von Mitgliedern der Personalvertretungen, Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen und Vertrauenspersonen nach dem Soldatenbeteiligungsgesetz (SBG).  
**Erlass vom 10. Juni 2008 – PSZ III 7 – Az 21-01-06 –**
15. Reisen von Personalratsmitgliedern nach § 44 Abs. 1 BPersVG; hier: Ermessensspielraum bei der Nutzung unentgeltlicher Unterkünfte des Amtes wegen.  
**Erlass vom 24. Juni 2008 – PSZ III 7 – Az 21-01-08 –**
16. Erstattung von Sachschäden an dienstlich benutzten, nicht vom Dienstherrn bereitgestellten Fahrzeugen, insbesondere Kraftfahrzeugen sowie Fahrrädern – Neufassung –.  
**Erlass vom 14. August 2008 – R I 1 – Az 16-02-05/-31/I 10001 – (VMBl. S. 156)**
17. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 69 Abs. 2 BBesG (Unentgeltliche truppenärztliche Versorgung).  
**Bekanntmachung vom 14. Februar 2007 (VMBl. S. 54) i. d. F. vom 25. Juni 2009 (VMBl. S. 85) (Auszug)**
18. Dienstreiseantrag – Reisekostenrechnung – Vertrauensschutz – Bereitstellung von amtlich unentgeltlichen Unterkünften; hier: Formulare Dienstreiseantrag (Bw-2012), Reisekostenrechnung (Bw-2013).  
**Schreiben vom 24. Juli 2009 – WV II 5 – 21-01-04/21-03-04 –**
19. Ersatz von Reiseauslagen im Rahmen der unentgeltlichen truppenärztlichen Versorgung; hier: Gewährung von Tage- und Übernachtungsgeldern.  
**Schreiben vom 21. Dezember 2009 – PSZ III 2 – Az 19-03-06 –**

20. Ersatz von Reiseauslagen bei Reisen im Rahmen der unentgeltlichen truppenärztlichen Versorgung; hier: Ausstellung der truppenärztlichen Bescheinigung, Abrechnung der Reiseauslagen.  
**Schreiben vom 22. März 2010 – R I 2 – 42-75-69-01 –**
21. Reisen von Personalratsmitgliedern nach § 44 Abs. 1 Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG), Vertrauenspersonen und Mitgliedern des Gesamtvertrauenspersonenausschusses nach dem Soldatenbeteiligungsgesetz (SBG), Schwerbehindertenvertretungen nach dem Sozialgesetzbuch IX (SGB IX); hier: Ermessensspielraum bei der Nutzung von Unterkünften – Buchung durch die Dienststelle.  
**Erlass vom 25. März 2010 – WV II 5 – Az. 21-01-08 –**
22. Teilnahme von Militärangehörigen an Truppenübungen – Neufassung –.  
**Erlass vom 2. August 2010 – RI 4 – 36-15-12 – (VMBl. S. 49)**
23. Reisen nach dem BPersVG, SBG und SGB IX; hier: Wegstreckenentschädigung nach § 5 BRKG.  
**Erlass vom 2. August 2010 – WV II 5 (Travel Management) – Az 21-01-06 –**
24. Fürsorge für schwerbehinderte Menschen im Geschäftsbereich des BMVg.  
**Erlass vom 9. August 2010 – PSZ III 4 – Az 15-05-03/01 SA 69 –**
25. Durchführungsbestimmungen für die unentgeltliche truppenärztliche Versorgung und für die Heranziehung von zivilen (zahn-)ärztlichen und psychologischen Vertretungskräften.  
**Zentrale Dienstvorschriften (ZDv) 60/7, Stand: September 2010 (Auszug)**
26. Auslandstrennungsgeldverordnung (ATGV); hier: Reisebeihilfen für Heimfahrten nach § 13 ATGV.  
**Erlass vom 5. Oktober 2010 – WV II 5 (Travel Management) – 21-06-13 –**
27. Fahrtkostenerstattung nach § 4 Bundesreisekostengesetz (BRKG); hier: Berücksichtigung von BahnCards, Netz- und Zeitkarten.  
**Erlass vom 7. Oktober 2010 – WV II 5 (Travel Management) – 09-09-05/21-01-06 –**

28. Hilfeleistungen der Bundeswehr bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen im Rahmen der dringenden Eilhilfe – Neufassung –  
**Erlass vom 15. Mai 2013 – R I 1 – Az 39-05-05/-35-99 – (GMBL. S. 628) (Auszug)**
29. Erlass über die Fürsorge für schwerbehinderte Menschen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (Fürsorgeerlass) – Neufassung –  
**Erlass vom 30. Januar 2007 – PSZ III 4 – Az 15-05-03 – (VMBl. S. 30) i. d. F. der Überarbeitung vom 25. September 2013 (Auszug)**

### V.

#### **Ausführungsbestimmungen sonstiger Normgeber, Behörden und Einrichtungen**

1. Ausführungsvorschriften nach §§ 34 i. V. m. § 12 Abs. 3 Satz 4 AbgG.  
**Schreiben der Präsidentin des Deutschen Bundestages vom 28. Februar 1997 (Auszug)**
2. Bekanntmachung über die Sitzentscheidung der Bundesregierung.  
**Bekanntmachung des Bundeskanzlers vom 22. Juli 1999 (BGBl. I S. 1725)**
3. **Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 (BGBl. I S. 127)**
4. Kürzung des Trennungsgeldes bei Bereitstellung amtlich unentgeltlicher Unterkunft und/oder Gemeinschaftsverpflegung gegen Bezahlung (§ 4 Abs. 5 Trennungsgeldverordnung) im Bereich des Bundesgrenzschutzes.  
**Verfügung des Grenzschutzpräsidiums Mitte vom 16. August 2004 – SB 73 – 16 24 01 –**
5. Gewährung von Trennungsgeld – Kürzung des Trennungsgeldes bei Bereitstellung amtlich unentgeltlicher Unterkunft und/oder Gemeinschaftsverpflegung gegen Bezahlung; hier: § 4 (5) Trennungsgeldverordnung (TGV).  
**Verfügung des Bundespolizeipräsidiums Mitte vom 23. August 2005 – SB 73 – 16 24 01 –**
6. **Organisationserlass der Bundeskanzlerin vom 22. November 2005 (BGBl. I S. 3197)**

## Inhaltsverzeichnis

---

7. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD); hier: Durchführungshinweise zu § 47 TVöD.  
**Erlass des BMVBS vom 16. März 2006 – Z 31/2112.2/6 –**
8. Aufwandsvergütung für beamtete Dienstreisende in der WSV und dem BSH.  
**Erlass des BMVBS vom 17. März 2006 – Z 31/2112.1/10 –**
9. Mindestbestimmungen für Schlaf- und Kochgelegenheiten auf Wasserfahrzeugen.  
**Erlass des BMVBS vom 17. März 2006 – Z 31/2116.6/12 –**
10. Lohnsteuerliche Behandlung von Mahlzeiten, die der Arbeitgeber an den Arbeitnehmer abgibt (Kantinenmahlzeiten und Mahlzeiten aus besonderem Anlass); hier: Änderungen ab 1. Januar 2013.  
**Schreiben des BADV vom 19. April 2013 – K2.26 – O 1959 – 8/13 –**
11. **Organisationserlass der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4310)**
12. Lohnsteuerliche Behandlung von Reisekostenvergütungen, Umzugskostenvergütungen und Trennungsgeldern aus öffentlichen Kassen; hier: Änderungen ab 1. Januar 2014.  
**Schreiben des BADV vom 16. Mai 2014 – K2.94 – O 1959 – 08/14 –**
13. Lohnsteuerliche Behandlung von Leistungen des Arbeitgebers für Fahrten des Arbeitnehmers zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte; hier: Änderungen ab 1. Januar 2014.  
**Schreiben des BADV vom 17. Juni 2014 – K2.94 – O 1959 – 9/14 –**
14. Lohnsteuerlichen Behandlung von Reisekostenvergütungen, Umzugskostenvergütungen und Trennungsgeldern aus öffentlichen Kassen; hier: Änderungen ab 1. Januar 2015.  
**Schreiben des BADV vom 8. Dezember 2015 – K 2.94 – O 1959 – 28/15 – (Auszug)**
15. Nutzung von Spartickets der Deutschen Bahn; hier: Entwurf einer Hausmitteilung für die Beschäftigten Ihres Hauses.  
**Schreiben des BVA vom 31. Juli 2017 – 23. 04. 2014 –**

16. **Organisationserlass der Bundeskanzlerin vom 14. März 2018 (BGBl. I S. 374)**
17. **Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 8. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5176)**

### Teil D

#### Sonstige Gesetze und Verordnungen *(zurzeit nicht besetzt)*

### Teil E

#### Rechtsprechung

1. Urteil des BVerwG vom 31. Januar 1968 – VI C 49/67  
Gesetzliche oder sittliche Unterhaltsverpflichtung, überwiegender Unterhalt, Widerruf der Trennungsgeldbewilligung von Anfang an (ex tunc), Rückforderung überzahlter Bezüge . . . . . 1
2. Urteil des BVerwG vom 12. Dezember 1969 – VI C 75/67  
Mehraufwand und Fahrkosten, Benutzung privat angeschaffter Zeitkarten bei Dienstreisen, keine ungerechtfertigte Bereicherung des Dienstherrn . . . . . 5
3. Urteil des OVG NRW vom 8. März 1971 – I A 1286/70  
Wegstreckenentschädigung nach § 6 Abs. 2 BRKG wird nur für die Fahrten gewährt, für die sie bestimmt ist, nämlich für Fahrten im Rahmen der die Anerkennung nach § 6 Abs. 2 BRKG begründenden Reisetätigkeit . . . . . 11
4. Urteil des OVG NRW vom 4. September 1972 – I A 1006/71  
Sparsamkeitsgrundsatz, notwendige Fahrkosten bei unterschiedlich langen Fahrzeiten . . . . . 15
5. Urteil des BVerwG vom 13. Dezember 1972 – II WD 30/72  
Zum Begriff des „getrennten Haushalts“ i. S. d. § 3 Abs. 2 TGV, auch eine Kasernenunterkunft kann einen getrennten Haushalt begründen, keine Anzeigepflicht, wenn die unterlassene Angabe tatsächlich keinen Einfluß auf die Höhe des Trennungsgeldes hat . . . . . 19
6. Urteil des OVG NRW vom 23. Oktober 1973 – I A 613/72

## Inhaltsverzeichnis

---

	Versäumung der Ausschlußfrist des § 9 Abs. 1 TGV, „un- eingeschränkte“ Umzugswilligkeit, keine Beschränkung des Umzugswillens auf im Besetzungsrecht des Bundes stehen- de Wohnungen, nach Wegfall des Umzugswillens entsteht kein neuer Trennungsgeldanspruch . . . . .	23
7.	Urteil des OVG NRW vom 4. September 1975 – I A 1211/ 74  Übernachtungsgeld nach § 10 BRKG steht einem Soldaten nicht zu, wenn er den als Dienstreise zu wertenden typi- schen militärischen Dienst (Truppendienst, besonderes Dienstgeschäft) nachts durchführt und deshalb eine Unter- kunft nicht in Anspruch genommen wird – s. a. das Urteil desselben Gerichts vom 6. 5. 1981 in Nr. 12 . . . . .	29
8.	Urteil des Nds. OVG vom 28. September 1976 – A 36/75  Abgrenzung von Dienstreisen und Dienstgängen, Dienstort ist der Ort der Dienststätte, bei der regelmäßig der Dienst zu leisten ist . . . . .	33
9.	Urteil des BVerwG vom 24. März 1977 – II C 54/73  Aufwandsvergütung nach § 17 BRKG für Berufssoldaten, die befehlsgemäß und zumutbar Gemeinschaftsverpflegung und -unterkunft in Anspruch nehmen; ist die Befolgung des Befehls wegen der besonderen Umstände des Einzelfal- les ganz oder teilweise nicht möglich oder nicht zumutbar, können die tatsächlich notwendigen Mehrauslagen nach den allgemeinen Vorschriften über die Aufwandsvergütung hinaus erstattet werden . . . . .	39
10.	Urteil des OVG NRW vom 18. Juni 1979 – I A 2153/78  Bei Abordnungen zu Lehrgängen steht – unabhängig von deren Dauer – Trennungsgeld zu. Reisekostenvergütung wird nur für die Hin- und Rückreise gezahlt. Das gleiche gilt, wenn der Lehrgang bei einer „anderen Stelle als einer Dienststelle“ stattfindet. Neben dem Trennungstagegeld werden Fahrkosten zwischen Lehrgangsstätte und Unter- kunft nicht erstattet . . . . .	43
11.	Urteil des Bay. VGH vom 13. Dezember 1979 – Nr. 216 III 78	

## Inhaltsverzeichnis

---

	Zum Begriff der „benötigten Zeit für das Zurücklegen der Strecke zwischen Wohnung und Dienststätte und zurück“ i. S. d. § 3 Abs. 1 Satz 2 TGV . . . . .	47
11a.	Urteil des Bay. VGH vom 26. März 1980 – Nr. 259 XXIV 78  Unterschiedliche Bemessung des Trennungsgeldes für allein- stehende und verheiratete Beamte usw.; kein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz . . . . .	50/1
12.	Urteil des OVG NRW vom 6. Mai 1981 – 6 A 2910/79  Übernachtungsgeld nach § 10 BRKG steht beim nächtli- chen Streifendienst der Polizei ohne Inanspruchnahme einer Unterkunft nicht zu – s. a. das Urteil desselben Ge- richts vom 4. September 1975 in Nr. 7 . . . . .	51
13.	Urteil des BVerwG vom 26. Juni 1981 – 6 C 85.79  Zum Begriff des „besonderen dienstlichen Anlasses“ i. S. d. § 1 Abs. 2 Nr. 4 i. V. m. § 23 Abs. 3 BRKG, Kontrollfah- ren von Vorgesetzten fallen nicht darunter – s. a. das Urteil desselben Gerichts vom 28. August 1991 in Nr. 23 . . . . .	53
14.	Urteil des BVerwG vom 30. Oktober 1981 – 6 C 1.80  Zum Begriff der „häufigen Dienstreisen nach demselben Ort“ i. S. d. § 17 Abs. 1 Satz 1 BRKG; Lehrer, die außer- halb ihres Dienst- oder Wohnortes Unterricht an einem weiteren Schulort erteilen, werden von § 17 BRKG er- faßt – s. a. das Urteil desselben Gerichts vom 23. Oktober 1985 in Nr. 17 . . . . .	61
15.	Urteil des BVerwG vom 21. April 1982 – 6 C 34.79  Folgen der Ausschlußfrist, keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Antrag auf Abschlagszahlung ist kein An- trag auf Reisekostenvergütung, die Berufung der Behörde auf den Fristablauf ist keine unzulässige Rechtsausübung (Ausnahme nur bei „qualifiziertem Fehlverhalten“ der Be- hörde), keine Belehrungspflicht der Behörde über die ein- schlagigen Vorschriften . . . . .	65
16.	Urteil des BVerwG vom 14. Februar 1984 – 6 C 46.83	

## Inhaltsverzeichnis

---

	Die Teilnahme eines Gerichtsreferendars an einer Pflichtarbeitsgemeinschaft ist kein Dienstgeschäft i. S. d. Reisekostenrechts. Reisekosten können nur nach den Vorschriften über die Kostenerstattung bei Ausbildungsreisen erstattet werden. Dienort des Gerichtsreferendars ist der Sitz der Behörde oder Dienststelle, der er zur Ausbildung zugewiesen ist . . . . .	69
17.	Urteil des BVerwG vom 23. Oktober 1985 – 6 C 3.84  Dienort ist die politische Gemeinde, in der die Behörde oder Dienststelle ihren Sitz hat, der der Beamte als Inhaber einer Planstelle oder aufgrund einer Abordnung zugewiesen ist. Befinden sich Teile oder Nebenstellen der Behörde oder Dienststelle in einer anderen Gemeinde, so ist als Dienort der Ort anzusehen, an dem der Beamte ständig oder überwiegend Dienst leisten muß. Häufige Dienstreisen nach demselben Ort führen nicht dazu, daß der Beamte zwei Dienorte hat. In diesem Falle ist eine Aufwandsvergütung nach § 17 BRKG festzusetzen – s. a. das Urteil desselben Gerichts vom 30. Oktober 1981 in Nr. 14 . . . . .	73
18.	Urteil des BVerwG vom 25. Juni 1986 – 6 C 101.84  Eine nähere Bestimmung der obersten Dienstbehörde nach § 17 BRKG kann den Anspruch auf die Aufwandsvergütung nur insoweit beschränken, als dies nach den allgemeinen Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes zulässig ist. Die Aufwandsvergütung ist so zu bemessen, daß die dienstlich veranlaßten, notwendigen Mehraufwendungen erstattet werden. Entscheidung zur „Bauzugzulage“ für Beamte der Deutschen Bundesbahn . . . . .	77
19.	Urteil des BVerwG vom 14. Januar 1987 – 6 C 14.85  Der Reisekostenvergütungsanspruch entsteht erst in dem Zeitpunkt, in dem der Berechtigte die Reisekostenvergütung fristgerecht beantragt und seine Erstattungsforderung im einzelnen belegt. Eine Abschlagszahlung hat nur dann Erfüllungswirkung, wenn ein erfüllbarer Anspruch erwachsen, d. h., die Reisekostenvergütung fristgerecht beantragt ist. Anderenfalls ist sie in der Regel zurückzuzahlen . . . .	81
20.	Urteil des BVerwG vom 10. August 1987 – 6 C 30.85	

## Inhaltsverzeichnis

---

	Wird eine mehrtägige Dienstreise angeordnet, darf deren Erforderlichkeit im Rahmen der Reisekostenabrechnung nicht mehr angezweifelt werden. Dem Dienstreisenden steht für die ersten 14 Tage das Tagegeld für mehrtägige Dienstreisen zu. § 16 Abs. 4 BRKG ist zu beachten. Durch ein vorübergehendes Verlassen des Geschäftsortes aus dienstlichen oder persönlichen Gründen wird der Aufenthalt am Geschäftsort i. S. d. § 11 Abs. 1 BRKG nicht unterbrochen . . .	85
21.	Urteil des OVG RLP vom 19. Juli 1989 – 2 A 106/88  Zur Kürzung der Übernachtungskosten, die die Kosten des Frühstücks einschließen (§ 10 Abs. 3 Satz 3 BRKG), zur Verbindung von Dienst- und Urlaubsreisen . . . . .	89
22.	Urteil des BVerwG vom 11. Dezember 1990 – 6 C 33.88  Widerruf der Trennungsgeldbewilligung bei Änderung der allgemeinen Verwaltungsvorschriften, Sachdienlichkeit einer Klageänderung, Voraussetzungen für den Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden Verwaltungsaktes . . . . .	93
23.	Urteil des BVerwG vom 28. August 1991 – 10 C 4.91  Zum Begriff des „besonderen dienstlichen Anlasses“ i. S. d. § 1 Abs. 2 Nr. 4 i. V. m. § 23 Abs. 3 BRKG, Fahrten eines Sanitätsoffiziers zwischen Wohnung und Krankenhaus im Rahmen seiner „Rufbereitschaft“ fallen nicht darunter, arbeitszeitrechtliche Gesichtspunkte sind insoweit nicht maßgebend – s. a. das Urteil desselben Gerichts vom 26. Juni 1981 in Nr. 13 . . . . .	99
24.	Urteil des BVerwG vom 15. Dezember 1993 – 10 C 11.91  Weicht der ständige Beschäftigungsort eines Beamten von dem Ort seiner Planstellenbehörde ab, wird der Beschäftigungsort als tatsächlicher Mittelpunkt der Aufgabenwahrnehmung reisekostenrechtlich zum neuen Dienstort – s. a. die Urteile desselben Gerichts vom 30. Oktober 1981 in Nr. 14 und vom 23. Oktober 1985 in Nr. 17 sowie das Urteil des OVG Lüneburg vom 28. September 1976 in Nr. 8 . . .	103
25.	<i>zurzeit nicht besetzt</i>	
26.	Urteil des Nds. OVG vom 12. Februar 2002 – 5 LB 3680/01 – 3 A 795/00	

	Die uneingeschränkte Umzugswilligkeit ist auch dann unabdingbare Voraussetzung für den Bezug von Trennungsgeld, wenn zwingende persönliche Umzugsverzögerungsgründe einem Umzug zunächst entgegenstehen. In diesem Fall hat der Berechtigte so rechtzeitig mit der Wohnungssuche zu beginnen, dass der Umzug nach Wegfall der Hinderungsgründe durchgeführt werden kann. Vom Berechtigten nicht geltend gemachte, aus den Unterlagen jedoch erkennbare Umzugsverzögerungsgründe sind nicht von Amts wegen zu berücksichtigen. Grenzen der Fürsorgepflicht . . . . .	109
26a.	Urteil des VG Regensburg vom 7. Dezember 2005 – RN 3 K 05.00419 – juris, Art. 2 § 12 Abs. 2 ENeuOG  1. Für die der DB AG zugewiesenen Beamten gelten bei Dienstreisen das Bundesreisekostengesetz und die Trennungsgeldverordnung.  2. Die Konzernrichtlinie „Firmenreise“ kann nur angewendet werden, wenn das BRKG und die TGV keine Regelung enthalten oder bei Ermessensvorschriften . . . . .	112/1
27.	Urteil des OVG Berlin-Brandenburg vom 8. November 2006 – 4 B 14.05  Kosten für eine am Dienstort angemietete Unterkunft sind keine notwendigen und damit erstattungsfähigen Kosten im Sinne des Trennungsgeldrechts, wenn der Bedienstete eine in seinem Eigentum stehende Wohnung am Dienstort oder in dessen Nähe beziehen kann . . . . .	113
27a.	Urteil des OVG Berlin-Brandenburg vom 11. Juni 2007 – OVG 4 B 15.05  Kosten für eine von dem Beamten am neuen Dienstort angemietete Wohnung im Eigentum des Ehegatten sind jedenfalls dann keine notwendigen Kosten im Sinne des Trennungsgeldrechts, wenn die Wohnung gerade deshalb auf den Namen des Ehegatten angeschafft worden ist, um dem Beamten eine trennungsgeldbegünstigte Unterkunft zu verschaffen. In diesem Fall ist der Beamte trennungsgeldrechtlich so zu behandeln wie ein Beamter, der am neuen Dienstort eine in seinem Eigentum stehende Wohnung beziehen kann (s. dazu Senatsurteil vom 8. November 2006 – OVG 4 B 14.05 – DÖD 2007, 113) . . . . .	116/1

## Inhaltsverzeichnis

---

28. Urteil des BVerwG vom 30. April 2009 – BVerwG 2 C 17.08  
Als zwingendes persönliches Umzugshindernis ist es auch anzusehen, wenn sich das Kind des Beamten oder Soldaten in der vorletzten Jahrgangsstufe eines auf 12 Jahre angelegten schulischen Bildungsgangs befindet, der in einer einheitlichen zweijährigen Qualifikationsphase zu einem weiterführenden Schulabschluss (hier: Fachabitur) führt . . . . . 117
29. Urteil des BVerwG vom 21. September 2010 – 2 C 54/09  
Der Begriff der Verpflegung in § 6 BRKG umfasst Essen und Trinken. Zu einem unentgeltlichen Mittagessen i. S. d. § 6 Abs. 2 Satz 1 BRKG gehört ein Getränk . . . . . 123

### Teil F

#### Formulare, Vordrucke und Merkblätter

#### Stichwortverzeichnis

## Inhaltsverzeichnis

---